

Breslauer



Beitung.

N. 337.

Donnerstag den 5. Dezember

1850.

Breslau, 4. Dezember.

Telegraphische Depesche.

Der Minister des Innern an den Herrn Ober-Präsidenten
in Breslau.

Durch eine allerhöchste Verordnung ist heute die Ver-
tagung beider Kammern bis zum 3. Januar erfolgt.)

Die Regierung Sr. Majestät hat sich zu diesem Schritt
veranlaßt geschen, weil sie erwarten darf, in der Zwi-
scheneit die Verhandlungen in einer Weise zu fördern,
welche den Erwartungen und Wünschen der Nation
entspricht.

Die freien Konferenzen, welche die höchste Autorität
in Deutschland darstellen werden, beginnen Mitte dieses
Monats in Dresden.

Die Einladungen zu ihnen wird an alle deutsche Re-
gierungen von Österreich und Preußen gemeinschaftlich
erfolgen.

Berlin, den 4. Dezember 1850.

(geg.) v. Manteuffel.

) Die Bresl. Ztg. hat ihren bissigen Besen bereits am 4. Nachmit-
tag die Vertragung der Kammern durch ein Extrablatt gemeldet.
Red.

Telegraphische Korrespondenz

für politische Nachrichten, Fonds-Course und Produkte.

Hamburg, 3. Dezember, Nachmittags 3 Uhr. Dem Ver-
nehmen nach will der König von Dänemark sich von der
Gräfin Danner scheiden lassen. — Ein hier zirkulie-
rendes Gericht, daß England zu einer Vermittelung von
Dänemark aufgefordert, ist unbegründet.

Hamburg, 3. Dezember, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten.
Hamburg animirt. Berlin-Hamburg 86. Köln-Minden 91½.
Magdeburg-Wittenberge 50.

Hamburg, 3. Dezember, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten.
Roggen, alte Preise zu lassen. Del per December 22¾,
p. Frühjahr 22½. Kaffee 5000 Sach, 5 bez. Zink 1000
1000 Centner 9½, 600 Zentner 9½.

Stettin, 3. Dezember, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten.
Roggen, p. Dezember 35, p. Frühjahr 38½ Br. Rüböl
10½ bez., p. Frühjahr 11 Br. Spiritus 22, p. Frühjahr
20 Br.

Kassel, 2. Dezember, Morgens 9 Uhr. Regierungss-
Rath Niebuhr, der sich als preußischer Kommissar hier
befindet, hat sich mit einer von dem Stadtrath entwor-
fenen Adresse an den Kurfürsten nicht einverstanden er-
klärt, worauf der Stadtrath die Absicht hatte, die ganze
Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen. Personen von
städtischem Einfluß waren gestern Abend zu einem andern
Kommissar geladen und es ist wohl möglich, daß heute
neue Versuche gemacht werden. Bis zu diesem Augenblick
ist noch nicht die leiseste Ausricht für eine Adresse.

(Die Beförderung dieser Depesche hat von Kassel aus Ver-
ein 32 Stunden gebraucht; wir haben heute bereits auf
gewöhnlichem Wege Nachrichten aus Kassel vom 2. Dezember.)

Paris, 1. Dezember, Abends 8 Uhr. Die Bergpartei
wird gegen Persson und für Bewilligung des Rüstungs-
kredits sprechen. (S. den Lagesbericht.)

Das Gericht, Chancenverlager verlangt auch die Einberuf-
fung der noch fehlenden übrigen 39,500 Mann aus der
Altersklasse von 1849, ist falsch.

Saulie lengnet die von Savelettes erzählte Unterredung
Cavaignacs.

Sauvot macht dem Präsidenten der Republik einen Be-
such. (S. den Lagesbericht.)

Für die in Aleppo mishandelten Christen sinden Samm-
lungen statt.

Die "République" ist wegen Beleidigung Ney's ver-
urtheilt worden.

Paris, 1. Dezember, Nachmittags 3 Uhr. (Passage
de l'Opéra) 5% 93, 15.

Triest, 1. Dezbr. Wochenmarktbericht. Kaffee, Rio 35½
bis 42. Domingo 38½—43. Java 35—40. Havanna
42. Portorico 43—44. Mocca 43 fl.—Zucker, Ha-
vanna 17—21. Weiß Bahia 19—21 fl.—Baumwolle,
Mato 54—58. amerikanische 55—58 fl. p. Ballen.

Uebersicht.

Breslau, 4. Dezbr. Der Telegraph bringt uns eine zwar längst
verkündete, dennoch aber überraschende Botschaft: „Heute sind
die preußischen Kammern bis zum 3. Januar vertragt
worden.“

So gewichtig und folgenreich die gestrige Sitzung der zweiten
Kammer ist, so tritt sie doch vor diesem Ereignisse in den Hinter-
grund. — Die Abreverhandlung begann in der gestrigen Sitzung,
bei überfallen Zufällen Räumen, mit dem Bericht des Ab-
geordneten v. Bodelschwingh. Derselbe empfahl zwar den Ent-
wurf der Majorität der Kommission, doch verkennt er nicht, daß der-
selbe durch die späteren Ereignisse veraltet sein dürfte. — Der Min-
ister v. Manteuffel gab hierauf einige Erläuterungen. Der Abge-
ordnete v. Vincke erklärte dann nach einer längeren Rede, in welcher
er die ganz Politik des gegenwärtigen Ministeriums einer scharfen
Kritik unterwarf, daß wohl gestern noch eine Adresse an der Stelle ge-
wesen wäre, heute müsse aber ein Misstrauensvotum den Platz
derselben einnehmen. Er schlägt im Namen seiner Partei eine Ent-
scheidung vor: worin Sr. Maj. beschworen wird, dem jehigen Regie-
rungssystem ein Ende zu machen, und worin Gut und Blut der
Nation dem Könige verheißen wird, um die Ehre Preußens
zu retten. Der Abgeordnete schließt mit den kurzen aber verhängnis-
vollen Worten: „Weg mit dem Ministerium.“ — Hierauf sprach
noch die Abgeordneten Stiehl (für den Abreverhandlung), Niedel
(für den Antrag Vincke's), Kleist, Reckow und Bismarck. Schon
hatten die Minister von Manteuffel und von Stockhausen das Wort noch genommen, um über
die Gründe der Mobilisierung sich auszusprechen, die am 2. No-

vember nicht für angemessen gefunden, weil man zu Unterhandlungen
sich verpflichtet hatte, am 6. Novbr. aber dringend notwendig erschien;
weil Truppenmassen sich an den Grenzen der Monarchie drohen an-
häufen, und namentlich — sagt die ministerielle Correspon-
denz wörtlich — das Heer, insbesondere die Landwehr, gegen
den ausgesprochenen Verdacht zu sichern, als ob es bei
einer Demobilisierung den Gehorsam verweigern könnte.

Um 3 Uhr wurde die Debatte auf den folgenden Tag vertagt und
sämtliche Abänderungsvorschläge der Kommission zur schleunigen Be-
richterstattung zugewiesen.

Der erste Kammer haben 45 Abgeordnete eine Interpellation
an das Ministerium gerichtet, worin dasselbe erachtet wurde, eine
vollständige Darlegung der Fehler von der königlichen Regierung be-
folgten Politik zu geben, und diejenigen Aktenstücke mitzuhören, welche
über dieselbe gewechselt worden sind. — Da die Kammern vertagt sind,
so werden unabänderliche Thatsachen diese dringende Frage be-
antworten.

Nach Berliner Zeitungen geben wir unten weitere Mitteilungen über
die Olmützer Konferenzen und die Vorfälle, die jenen voran-
gingen.

Die „freien Konferenzen“ werden Mitte dieses Monats in
Dresden beginnen und alle deutschen Regierungen von Österreich und
Preußen zur Teilnahme an denselben eingeladen werden.

Alle Korrespondenten und Zeitungen stellen den Standpunkt der ver-
suchten friedlichen Ausgleichung der kurhessischen Frage ganz anders
dar, als die Berliner „Reform“ ihn in ihren halbförmigen Artikeln
schilderte. Der Stadtrath zu Kassel soll den Kurfürsten um Rückkehr
bitten, zugleich aber die September-Verträge annehmen, mithin
die Verlezung der Verfassung billigen. Natürlich wird sich
der Stadtrath dazu nicht verstehen. Auch der Vorschlag der preußi-
schen Vermittelung: die Politik in der Adressen ganz außer Acht zu
lassen — kann nicht befolgt werden, da die Vermittler selbst keine Form
für eine solche Adressen angegeben wissen. Die Sache ist also noch ganz unentschieden.

In Köln haben in letzter Zeit mehrere Ausweisungen stattgefunden;
so unter andern die des Redakteurs der „D. Volksblatt“, Prof. Dr.
Müller, der auf besondere Weisung aus Berlin binnen 24 Stunden
Kölner verlassen mußte.

Am 1. Dezember fanden in Frankfurt a. M. wieder blutige Kon-
flikte zwischen Bayern und Preußen statt.

Am Hof zu München hat sich der Zorn wegen der Nichtzulieferung
zu den Olmützer Konferenzen noch nicht abgeschüttet. Man will jetzt
durchaus den Krieg mit Preußen.

Bei Tepitz in Böhmen stehen 25 bis 30.000 Österreicher, welche
ihre Vorposten bis unmittelbar an die sächsische Gräne vorgeschoben
haben.

Der Wiener ministerielle „Troy“ meldet: daß in Olmütz die
Bestimmung verabredet wurde:

Die preußische und österreichische Armee auf den Fried-
ensfuß zu setzen, bevor die freien Konferenzen ihren
Anfang nehmen.

Die österreichische ministerielle Presse spricht sich thiefs mit Ju-
bel, teils mit Hohn über die Resultate der Olmützer Konfe-
renzen aus.

Am 23. November wurde zu Stockholm der Reichstag eröffnet.

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

Zweite Kammer.

Achte Sitzung vom 3. Dezember.

Die Sitzung wird um 10½ Uhr eröffnet. Am Ministerisch
die Herren von Manteuffel, von Stockhausen, von
Rabe, von der Heydt, Simons.

Der Präfekt verliest nach Genehmigung des Protokolls der
vorigen Sitzung die Vertheilung der neu eingetretenen Mitglieder
der in die Abtheilungen, die Bildung von Kommissionen, und
lässt das Ueberausgefuch des Abg. Schmitzborn vorlesen. Das
Gefuch wird bewilligt. Es erfolgt die Bereidigung mehrerer Ab-
geordneter, besonders aus dem Großherzogthum Polen. — Bei
dem Bericht der Abtheilungen über Wahlprüfungen wird bean-
tragt, daß Mandat des Abg. Dohm für erloschen zu erklären.
Die Abg. Wenzel und Simson sprechen für die Zulassung, der
Justizminister und Abg. v. Bismarck-Schönhausen gegen dieselbe.
Die Kammer erklärt sich gegen den Antrag der Abtheilung.
Andere Wahlberichte beantragen nur Genehmigung der Wahl
und finden keinen Widerstand.

Um 11 Uhr kündigt der Präsident den Übergang zur Lages-
ordnung, Berathung der Adressen an.

Referent v. Bodelschwingh (Hagen): Der Entwurf mußte
sich, vor 4 Tagen entworfen, an dem Standpunkte halten,
welchen die allgemeine Kunde und die Mittheilungen der Minister
in der Kommission als unsere politische Lage bezeichneten.
Ietzt hätten die Kommissionserthalungen vielleicht ein anderes
Resultat geliefert. Indessen ist der Gesichtspunkt, daß die preußische
Nation, welche eine Geschichte hat, wie keine andere der Erde,
und ein Heer so ruhmvoll und ehrenvoll bewahrt — ihre
Stellung werde behaupten wollen, ist maßgebend gewesen bei der
vorliegenden Adressen, ist der Grundgedanke derselben, und dieser
gilt auch in diesem Augenblitze noch.

Minister v. Manteuffel: Im Jahre 1849 hat Preußen
sein Besieben dahin gerichtet, Deutschland eine Verfassung zu
geben. Aufdringlich hat es sich dem Besieben hingegen. Über
bereits unter dem 8. Okt. wurde die Unaufführbarkeit der Union-
Verfassung anerkannt. Der Schwede wird über das Misslingen
eines Planes unmuthig und verzweifelt; der Starke dagegen
sieht, wie er sein Ziel auf anderem Wege erreiche. Bei seinem
Besieben, eine neue Verfassung für Deutschland zu schaffen, ist
Preußen, den Regierungen gegenüber, deren Bevollmächtigte zu
Frankfurt tagten, in die Lage gekommen, daß es über gewisse
deutsche Fragen nicht einmal hat mitsprechen können. Nun ist
erreicht, daß auch diese Fragen nicht ohne Zustimmung Preußens
verhandelt oder gelöst werden, vielmehr ihre Endentscheidung von
allen Regierungen erhalten sollen. Kommissionen von Österreich
und seinen Verbündeten und Preußen und seinen Verbündeten
werden zu gleichen Rechten jene Fragen entscheiden. In Hessen

lag die Sache durch das Einrücken der Bundesstruppen ver-
wickelter, als bei den anderen streitigen Punkten. Indessen hat
sich Preußen hier in die innern Angelegenheiten nie gemischt;
es hat die Frage nach dem Recht nie aufgeworfen. Daher
war hier nur das militärische Interesse Preußens zu berücksichtigen
und dasselbe ist vollkommen gewahrt worden. Die Etap-
penstrafen sind für Preußen gesichert und daher hat es nicht
geglaubt, den Übergang über dieselben weiter hindern zu dürfen.
Das Ministerium würde jetzt freilich eine bessere Stellung den
Kammern gegenüber haben, wenn es für den Krieg wäre, aber
mein Gewissen spricht gegen den Krieg. Dieser könnte nur zum
Schutz der hessischen Verfassung oder wegen Versagung gewisser
Zugeständnisse, zu deren Gewährung Niemand gezwungen werden
kann, begründet erscheinen. Aber wer kann das Ende solches
Krieges vorhersehen? Der Feldzug eines Jahres könnte 50- bis
60.000 Menschen kosten. Das fällt freilich nicht ins Gewicht,
wo es sich um die Ehre handelt; aber wie die Sachen liegen,
darf um jener Punkte willen kein solches Opfer gebracht
werden. Ich habe auf Patriotismus Anspruch, erkenne jede ab-
weichende Ansicht an, lege ein großes Gewicht auf die Zustim-
mung der Kammer und des Landes; aber zum Kriege konnte
ich nicht raten.

v. Vincke: Ich muß mich gegen die Adressen aussprechen,
die zu matt, weder den Verhältnissen noch der Würde der Kam-
mer angemessen ist. Das wird schon einleuchten, wenn ich nur
die auswärtige Politik berücksichtige. Freilich hat die Kommission
nicht die genügende Auflärung von den Ministern erhalten, wie
sonst in allen Kammern der Welt Sitte ist; man hat auf
schwedende Verhandlungen hingewiesen; selbst in vollständig ab-
geschlossene Verhandlungen hat man und die Einsicht verneigt,
so in die Institution des Grafen Brandenburg für die War-
schauer Konferenz. Deshalb muß ich mich auf veröffentlichte
Noten und die Mittheilungen glaubwürdiger Männer beschränken.
Die Regierung hat wiederholter erklärt, durch die Ab-
lehnung der Kaiserkrone für die Beipflicht für die preußische
Regierung um so bindender geworden, dem deutschen Volk zu
einer parlamentarischen Verfassung zu verhelfen. Man hat gesagt,
daß die Geltendmachung einer solchen Verfassung eine
Erfüllungsfrage für Preußen sei; man hat gesagt, das Volk müsse
glauben, daß man es täuschen wolle, wenn man mit dem Vor-
satz auf der Bahn zu einem parlamentarischen Zustande
Deutschlands zögere.

Das Ministerium hat früher sein Bögen damit gerechtfertigt,
daß man Österreich in seiner damaligen bedrohten Lage schonen
möste. Ich habe nie an eine so sentimentale Politik geglaubt.
Aber nun, da Österreich aus jener Lage befreit ist, wird es
fort geschont! Lange hat das Ministerium mit Berufung
auf Erfurter Parlaments gezögert. Dieses ist der Regierung in
jeder Weise entgegengekommen, und die Verfassung wurde rech-
tiglich. Im Fürstenthalt aber fragte man zunächst, ob die Fürst-
en zurücktreten wollten; man werde sie ohne Gross scheiden
sehen. Haben Verträge den Zweck, über die Laune und Willkür
hinaus zu binden, so war eine solche Frage nicht am Orte.
Später hat man dann auch wieder dem Bundestage gesagt,
daß die beigetretenen Staaten, so auch Hessen, an den Vertrag
gebounden seien. — Während die Regierung sich immer weiter
zurückzog, indem sie sich für stark erklärte, folgten von Österreich
eine bleidende Note der anderen. Man hat sie verdaut.
Auch Thaten der Schmach hat die Regierung ertragen. Die
Mainzer Angemessenheit wollte die preußische Regierung statt
mit einer Kriegserklärung zu antworten, an ein Schiedsgericht
verweisen. Selbst darein willigte Österreich nicht, und man
hat die badischen Truppen auf Schirchwegen, die sonst nur
von Schmugglern betreten werden, nach Preußen geführt.
(Muren und Bravo.) Solches Verfahren konnte den badischen
Truppen freilich keine Achtung vor der Ehre Preußens einlösen.

Von zum 18. Oktober hat man stets die Zögung in der
deutschen Verfassungsangelegenheit für verderblich erklärt und
dabei stets gezögert. Starke Männer müssen, wie Friedrich d. G.,
bei der Stiftung des Fürstenthals durch die Hindernisse sich
befreien sehen; man hat sich aber bei drohender Gefahr so weit
erniedrigt, von einer fremden Macht die Entscheidung anzunehmen.
Man hat aufgegeben, was ohne Zustimmung des Volkes
nicht aufgegeben werden darf. — Der Redner erwähnt dann,
daß im Ministerium wenigstens Ein Mann gewesen sei, der sich
müht, Preußens Zusicherungen an die deutschen Staaten zu
halten, und sein Austritt habe verhindert mit seinen Schülern und
Fehlern. Wie dagegen Herr v. Manteuffel? Der Redner liest
die Erklärung, welche Herr v. Manteuffel über treue Festhaltung
an dem Bundesstaat zu Erfurt gegeben, unter vielsachem Hört!
Hört vor und fragt schließlich, ob Herr v. Manteuffel jetzt noch
nicht glaubt, daß er umgekehrt sei, was er nie thun zu wollen,
doch dort versprochen.

Zu den einzelnen Fragen übergehend, bemerkt Herr v. Vincke:
Der Krieg in Schleswig-Holstein ist wenn je ein berechtigter,
wird geführt für legitime Rechte, ist gewissermaßen durch die
Bilanz des Königs hergerufen und durch die Weisheit
des deutschen Volkes sanktioniert. Die Rehabilitierung der preußischen
Armee nach den Märztagen ist außerordentlich den Schleswig-
Holsteinern zu verdanken. Ich will nicht auf die Art der Kriegs-
führung und die Art der ihr folgenden Verwaltung unter preußi-
scher Beherrschung eingehen. Aber ein Friede, wie er jetzt
geschlossen ist, ist noch nie gesehen worden, ist eigentlich nur ein
großer Waffenstillstand. Und nun ist der Minister zu Olmütz das
Engagement eingegangen, durch einen ehemaligen und preußi-
schen Kommissar die Pacifikation herbeizuführen, wobei Dänemark
so viel Truppen als zur Ruhe und Ordnung erforderlich ist, be-
halten. Schleswig-Holstein aber seine Armee auf ½ reduzieren
soll. Die Interessen der preußischen Ostseeländer fordern schon
davon, daß man jetzt nicht pacifiziere; aber die Ehre noch mehr.
Es läßt sich nicht denken, daß die tapfere schles

Zielen zu lenken, deren unbewußte Verfolgung das wahre und unveräußerliche Erbe des ächten preußischen Geistes ist.

In tieferster Erfahrung verharren wir

Ew. kgl. Maj.
allerunterthänigste treugehorsamste
die zweite Kammer.

v. Vincke. Ed. Simson. v. Beckerath. G. Böseler.
v. Saucken (Tarpuschen). Graf Dyhr. Bürgers. Frhr. Saniz. Schubert. v. Saucken (Julienfeld). Brämer. Berndt (Nimptsch). Röbe. Stiegel. Bleibtreu. Bauer (Aachen). Niemers. Lancelle. Paferts. Schmidt (Köln). Ulbert. v. Leipziger (Chodziesen). Dunker. Etto. Bandlow. Hartort. Delius. v. Bardeleben. Lork. Tübel. G. B. Lensing. C. F. Endkyl. Geßler. Wenzel. Bölling. Dr. Claassen. v. Nitschönen (Ratzeburg). Tellkampf. Linz. v. Beughem. Dittich. Baumgardt.

Herr v. Vincke fügt hinzu, daß er es wisse und niemals vergessen werde, daß das gegenwärtige Ministerium vor zwei Jahren das Vaterland gerettet habe. „Aber durch seine Nachgiebigkeit habe es das Land an den Rand des Verderbens gebracht.“ (Beifall von der Mehrheit, Bischen von der Rechten und wiederholter gesteigerter Beifall aus den übrigen Theilen des Hauses).

Minister v. Manteuffel: Ich werde dem gebetenen Redner nicht in demselben Tone antworten, in welchem er gesprochen hat; ich beschönige mich auf Folgendes: Wenn er sagt, es liege weiter nichts in den Wünschen der holsteinischen Bevölkerung als ihr Recht mit den Waffen zu verteidigen, so glaube ich, daß er darin irrt. Das holsteinische Volk sieht sich eben so nach den Segnungen des Friedens, wie wir alle wünschen müssen, daß ein Volk mit seinen Fürsten in Frieden lebt. Was die Verhältnisse in Hessen angeht, so glaube ich nicht, daß unsere Landwehrmänner den Ruf zu den Fahnen so verstehen, als sollten sie die hessische Verfassung schützen, — eine Verfassung, die einem Volke beständige Veranlassungen zu Zerwürfnissen giebt, ist kein Glück. In Olmütz bin ich, daß vertheidige ich, über die zuletzt von dem Ministerium gemachten Zugeständnisse nicht zurückgegangen, es ist leicht, Verdächtigungen einzufügen zu lassen, wenn man den Unterhandlungen nicht beigewohnt hat. Ich hätte es nicht für ein Glück, auf diesem Platze zu sitzen, ich gestehe, daß ich lieber da sein möchte, wo Spießkugeln, als wo späte Reden fliegen, aber so lange der König befiehlt, bin ich bereit, meine Dienste dem Vaterlande zu weihen.

Ein dringlicher Antrag, den Abresentwurf der Kommission fallen zu lassen und durch einen andern zu ersetzen, kommt zur Verlesung.

(Schluß folgt.)

Berlin, 3. Okt. Se. Majestät der König haben allernächst geruht: Dem Flügel-Adjutanten Sr. Majestät des Königs von Hannover, Hauptmann Grafen v. Platen-Hallermund, den St. Johannis-Orden; dem ersten Prediger Salzmann bei der walloonisch-reformierten Kirche zu Magdeburg und dem Pfarrer Giebelhausen zu Thondorf im Regierungsbezirk Merseburg, den rothen Adlerorden 4. Klasse; so wie dem Steuer-Aufseher Angermann zu Gebesee und dem Chaufee-Aufseher Anton Förster zu Jordansmühl, Kreis Nimptsch, das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; den Regierung- und Forst-Inspektoren, Regierung-Assessor Werner Graf von der Schulenburg, ingleichen die Forst-Inspektoren, Regierung- und Forst-Assessoren Peters und Otto v. Hagen und die Forst-Inspektoren Grunert und Weyer zu Forstmeistern mit dem Range der Regierung-Räthe zu ernennen.

Angelommen: Se. Excellenz der wirkl. geh. Rath Freih. v. Arnim, von Linschoten.

SS Berlin, 3. Okt. [Die Sitzung der zweiten Kammer. Unsere Situation. — Die Kommission für Schleswig-Holstein.] Der Berichterstatter, dessen Aufgabe es ist, dem fernen Beobachter ein Bild der heutigen Sitzung der zweiten Kammer zu geben, geräth fast in Verlegenheit, den gewaltigen Stoff, der ihm geboten, in einen Rahmen zusammenzufassen. — Nachdem das erste Gescheh jener offiziösen und offiziellen Neuigkeitsträger, denen zufolge das Resultat der Österreichischen Konferenz ein überaus ehrenvolles für Preußen sein sollte, verstimmt, nachdem die wiederholten Interpellationen im Schooße der Abredskommission dem Minister des Auswärtigen endlich einige, wenn auch unvollständige Mitteilungen entzogen, nachdem zuletzt die Nachforschungen Einzelner zu dem Resultate geführt, einiges Licht über das Dunkel jener Verhandlungen zu verbreiten, wurde die Lage der Abredadebatte eine gänzlich veränderte. Der Kommissionentwurf, der vor der Vorauflösung ausgegangen war, daß die Mängel der Regierungspolitik noch zu verbessern seien, wurde unbrauchbar, sobald es sich herausgestellt, daß Dr. v. Manteuffel die leichten Positionen in Olmütz aufgegeben. Mit ungenschminkten Worten erklärte dies heute Herr v. Bödelschwingh, als Berichterstatter der Kommission, von der Tribune herab. Denken Sie sich den Eindruck, den es mache, als der vormalzige Minister, der Gegner, gegen den sich auf dem Landtag von 1847 die Feinde der Opposition richteten, in gemäßigter, aber verständlicher und entschiedener Weise erklärte, die Kommission finde ihren Entwurf nicht mehr der Situation entsprechend. Dr. v. Manteuffel verstand sehr wohl, was es mit dieser Erklärung seines ehemaligen Chefs zu bedeuten habe. Es war das Signal für ihn, das Schweigen zu brechen. Herr v. Manteuffel hat eine Viertelstunde geredet, neues Material zur Beurtheilung der Frage hat er heute nicht geliefert. Um dies zu thun, hätte er die Warschauer und Olmützer Protokolle eröffnen müssen, was natürlich seiner Sache nicht eben zu gute gekommen wäre. Dr. v. Manteuffel hat den traurigen Inhalt unserer gestrigen Mitteilungen bestätigt, so weit es die Schrift vor einer entstümpten und bis ins Tieftaue gekränkten Volksvertretung zuließ. Er hat zweimal wiederholt, daß „wie die Sachen liegen“, Preußen nichts anders habe erlangen können. Wie erinnern hierbei an unsern gestrigen Bericht: Jedermann wird daraus die Überzeugung geschöpft haben, daß Preußen in Olmütz keine andere Concession erhalten, als daß die in Kassel einzuhängenden Erklarungstruppen nicht den Namen „Bündestruppen“ führen, sondern „königlich bayerische Truppen“ heißen werden. Er hat uns ferner zugestanden, daß eine so schlechte Verfassung wie die hessische nicht werth sei, für sie einstehe. So ist es denn auch erklärt, warum Dr. v. Manteuffel sich weigert, dem verletzten Chefsgeist Preußens Genugthuung zu verschaffen. Und Dr. v. Bismarck-Schönhausen, der Redner der Kreuzzeitungspartei, hat im Laufe der Sitzung noch diese Gedanken des Ministers ergänzt. „Einen Krieg wollt ihr? wozu? es müßte doch ein Prinzipienkrieg sein. Wir aber erkennen diese Prinzipien nicht als die unfeigsten an. Also auch keinen Krieg!“ So ungefähr war die Argumentation des Herrn v. Bismarck, dem der Minister des Auswärtigen die Bahn eröffnet. — Das Ereignis der Sitzung war die Rede des Hrn. v. Vincke. Wir können sie nicht besser charakterisieren, als indem wir sie eine Geschichte der diplomatischen Niederlagen Preußens seit anderthalb Jahren nennen. Vincke hatte nicht nötig, die Fundgrube seiner Beredsamkeit, die Künste der Dialektik zu erschöpfen. Leider ist der Stoff zu Anklagen gegen die Regierung, zu gerechtem Tadel der in Olmütz festgesetzten Erledigung so unermeßlich groß, daß eine faktische Geschichtszählung den beredtesten und niederschmettendsten Anklagefall aufwieg. — Jetzt noch einige Mittheilungen über die Sitzung: Diesen Abend hält die Abredskommission eine Sitzung und es ist nicht unwahrscheinlich, daß sich die Partei Geppert-Bödelschwingh dem heute von Vincke eingebrochenen Mistrustenbund anschließt. Was aber

dann werden soll, ist eine andere Frage. Wir glauben, ernste Dinge stehen bevor. — Ueber die Instruktionen, welche die Kommissare für Holstein erhalten sollen, vernehmen wir Folgendes: Zunächst soll die landesherrliche Autorität des Königs hergestellt werden, die Statthalterschaft also zurücktreten; danach soll die schleswig-holsteinische Armee auf ein Drittel reduziert, die dänische Armee aber aus Schleswig, oder wie eine andere Version sagt, wenigstens bis an die äußerste Grenze des nördlichen Schleswig zurückgezogen werden; die staatsrechtliche Stellung der Herzogthümer endlich soll den Bundesbeschlüssen von 1846 gemäß die durch die alten Verträge sanktionierte bleiben und Holstein soll der in Dresden festzustellenden Bundesverfassung unterworfen werden. Gelingen diese Pacificationversuche nicht, dann soll, wie schon gestern erwähnt, der Exekution durch Österreich kein Hindernis seitens Preußens in den Weg gelegt werden.

[Der heutige Leit-Artikel der N. Pr. 3tg.] ist für den Moment zu beachtenswert, als daß wir ihn nicht unsern Lesern vollständig mithilfen sollten. „Die zweite Kammer“, sagt das siegesgewisse Blatt, „spielt ein gewagtes Spiel, ein Spiel, welches sie unzweifelhaft verlieren wird, wenn nicht, was wir kaum besorgen, die Regierung abermals die Gelegenheit vorübergehen läßt, sich selbst zu purifizieren und wiederholter gesteigerter Beifall aus den übrigen Theilen des Hauses.“

Minister v. Manteuffel: Ich werde dem gebetenen Redner nicht in demselben Tone antworten, in welchem er gesprochen hat; ich beschönige mich auf Folgendes: Wenn er sagt, es liege weiter nichts in den Wünschen der holsteinischen Bevölkerung als ihr Recht mit den Waffen zu verteidigen, so glaube ich, daß er darin irrt. Das holsteinische Volk sieht sich eben so nach den Segnungen des Friedens, wie wir alle wünschen müssen, daß ein Volk mit seinen Fürsten in Frieden lebt. Was die Verhältnisse in Hessen angeht, so glaube ich nicht, daß unsere Landwehrmänner den Ruf zu den Fahnen so verstehen, als sollten sie die hessische Verfassung schützen, — eine Verfassung, die einem Volke beständige Veranlassungen zu Zerwürfnissen giebt, ist kein Glück. In Olmütz bin ich, daß vertheidige ich, über die zuletzt von dem Ministerium gemachten Zugeständnisse nicht zurückgegangen, es ist leicht, Verdächtigungen einzufügen zu lassen, wenn man den Unterhandlungen nicht beigewohnt hat. Ich hätte es nicht für ein Glück, auf diesem Platze zu sitzen, ich gestehe, daß ich lieber da sein möchte, wo Spießkugeln, als wo späte Reden fliegen, aber so lange der König befiehlt, bin ich bereit, meine Dienste dem Vaterlande zu weihen.

Ein dringlicher Antrag, den Abresentwurf der Kommission fallen zu lassen und durch einen andern zu ersetzen, kommt zur Verlesung.

(Schluß folgt.)

ten Woche bestimmte Forderungen gestellt, deren Erfüllung er durch die Drohung der Abreise und der unmittelbar darauf beginnenden Feindseligkeiten herbeizuführen suchte. — Man weigerte sich hier, sofort auf diese Bedingungen einzugehen. Herr v. Manteuffel beharrte zwar bei seiner Politik des Friedens um jeden Preis, in den höchsten Regionen jedoch wollte man von einer sofortigen Gewöhnung der österreichischen Forderungen nichts wissen. — Der russische Gesandte überreichte zur Unterstützung der österreichischen Forderung eine Erklärung, in welcher der Zar im Falle eines Ausbruchs der Feindseligkeiten die Teilnahme an der Intervention gegen Preußen anführte und ausdrücklich erklärte, daß die Integrität der gegenwärtigen preußischen Besitzungen damit jedenfalls aufhören würde gestellt zu sein. — Die Friedenspolitik des Herrn v. Manteuffel gewann durch die russische Erklärung, welche sehr erschütternd wirkte, neuen Boden. Es erschienen Deputierte der zweiten Kammer, welche dieser Politik eine Majorität der Kammer von ungefähr 30 Stimmen zusicherten. Ferner wurden Deputationen von Gutsbesitzern aus Pommern und der Mark unzählig, welche um die Beibehaltung des Ministers des Innern bitten sollten. Die Kreuz-Zeitungspartei setzte alle ihre Hebel in Bewegung, um Herrn v. Manteuffel zu halten. — Ein eigenhändiges Schreiben des Königs an den Kaiser von Österreich ging nach Wien, in welchem die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Friedens zwischen den beiden Monarchen den gemeinsamen Gefahren gegenüber erörtert wird, welche von einem Feinde drohen, der nur beruhigt, nicht unschädlich geworden sei. Es wurden Hinwendungen gemacht auf Frankreich, auf die Agitation, welche durch die neuesten Vorgänge die Gemüthe des preußischen und deutschen Volkes ergriffen. — Wie bekannt, ging gleichzeitig der Vorschlag einer direkten Unterhandlung der beiden Minister von hier aus, und derselbe wurde in Wien endlich angenommen, nachdem das Zugeständnis gemacht worden war, daß die Konferenzen auf österreichischem Boden in Olmütz stattfinden sollten. — Die Instruktionen für Herrn v. Manteuffel wurden berathen und ausgefertigt. — Der Zwischenfall der eingetretene Lösung in Kursachsen durch den vermeintlichen Antrag des Kurfürsten beim Bundestag trat erst ein, nachdem die Vorbereitungen zur Abreise schon gänzlich geordnet waren. In der Nacht vor der Abreise traf die telegraphische Nachricht aus Frankfurt hier ein, sie hob die Hoffnungen auf eine plausible Auslegung. Es zeigt sich jedoch, daß man den Einfluß sehr überschätzt hat, den man dieser vermeintlichen Lösung, so wie den Erklärungen Englands auf die Entwicklung der deutschen Frage zuführte. — Die Verirrung in den diplomatischen Unterhandlungen ist eine unendliche. Wie sich zeigt, wird an den verschiedensten Orten durch die verschiedenen Personen, welche von sehr verschiedenen Parteien und Interessen inspirirt und geleitet werden, im Namen Preußens unterhandelt. Die mannigfachsten Lösungen und Pläne gären durchneind und am Ende kommt ein Werk zu Stande, bei welchem Preußen nur die Hoffe und der Bodenfug bleibt. Die diplomatischen Gegner Preußens arbeiten daran nach einem einfachen und einzigen Plane. — So soll die Sendung, welche der bekannte Herr Niebuhr für Kassel übernommen, geschehen sein, ohne daß die Zustimmung des Ministeriums erfolgt war, ohne daß dasselbe sogar Kenntnis davon hatte. — Es fällt auf, daß die Frankfurter Blätter noch nichts von dem Antrage gemeldet, den der Kurfürst bei dem Bundestage auf den Rückzug der beiderseitigen Truppen gestellt haben soll. Nur in den hiesigen ministeriellen Kreisen wußte man von diesem Antrage so zwieschließlich zu erzählen. — Das bindende Verträge in dieser Beziehung zwischen dem Kurfürsten und Herrn Hassenpflug mit einem diplomatischen Agenten abgeschlossen wurden, ist zwar nicht zu bezweifeln, aber man sängt an zu befürchten, daß der Kurfürst und sein Minister eine Klauskette gefunden haben, unter der sie sich der Ausführung deselben wieder entziehen. (Nat. 3.)

Sicherem Bernhenn nach, schreibt die N. Pr., hat der Gesandte Ihrer Majestät der Königin von England, Graf v. Westmorland, welcher am 30. November Abends nach längerer Abwesenheit wieder hier eingetroffen ist, vorläufig keine andere Bestimmung seines Wirkungskreises erhalten, und findet die deshalb von den englischen Zeitungen gegebenen Nachrichten als unbegründet zu betrachten. (S. daggegen Frankfurt.)

In Kurzem soll auch das von den Kammern in ihrer vorigen Sitzung verabschiedete Gesetz über die Errichtung von Rentenbanken und die Ablösung gewisser Grundlasten durch Renten in's Leben treten. Die zu emittirenden Rentenbriefe sind bereits im Druck. Dem Unternehmen nach wird eine Summe von 180 Millionen in Rentenbriefen und zwar in 3 Abtheilungen à 60 Millionen hergestellt werden.

Halle, 30. Nov. [Verschiedenes.] Gestern ist Dessau von preußischen Truppen, welche mittels Erträgen aus dem Westen hier ankamen, besetzt worden. Ein beträchtlicher Theil derselben besteht aus Landwehr. — Wie man sagt, so wird der Prinz von Preußen in den nächsten Tagen sein Hauptquartier hierher verlegen. — In Leipzig herrschet jetzt eine mehr als gedrückte Stimmung. (Aach. 3.)

Köln, 2. Dezember. [Ausweisungen.] Gleichwie in der Hauptstadt sind in den letzten Tagen auch hier wieder mehrfach Ausweisungen durch die Polizei vorgenommen, teilweise von Personen, die bereits Jahre lang hier wohnten. — Die neueste „Volkshalle“ meldet: Am 30. November Nachmittags erschien in der Wohnung des Oberleiter der Redaktion der „Deutschen Volkshalle“ fühlenden vormaligen würzburgischen Professors Dr. Hermann Müller ein königl. Polizeibeamter und eröffnete demselben, daß zufolge höherer Weisung (direkt von Berlin, wie er mündlich beifügte) er hierdurch aus Köln ausgewiesen sei, und er binnen 24 Stunden die Stadt zu verlassen habe, um sonst anzunehmende Zwangsmafregeln zu vermeiden. (Köln. 3.)

Berlin, 2. Dezember. [Ausweisungen.] Gleichwie in der Hauptstadt sind in den letzten Tagen auch hier wieder mehrfach Ausweisungen durch die Polizei vorgenommen, teilweise von Personen, die bereits Jahre lang hier wohnten. — Die neueste „Volkshalle“ meldet: Am 30. November Nachmittags erschien in der Wohnung des Oberleiter der Redaktion der „Deutschen Volkshalle“ fühlenden vormaligen würzburgischen Professors Dr. Hermann Müller ein königl. Polizeibeamter und eröffnete demselben, daß zufolge höherer Weisung (direkt von Berlin, wie er mündlich beifügte) er hierdurch aus Köln ausgewiesen sei, und er binnen 24 Stunden die Stadt zu verlassen habe, um sonst anzunehmende Zwangsmafregeln zu vermeiden. (Köln. 3.)

Deutschland. Kassel, 30. Novbr. [Die Vermittelung.] Es befand sich seit gestern ein Abgeordneter der königlich preußischen Regierung, Dr. Niebuhr, hier, welcher im Auftrage seiner Regierung den hiesigen Magistrat angegangen hat, ein Gespräch an Se. König. Hoheit des Kurfürsten zu richten, worin neben der Bitte um allerhöchstes Rückkehr nach hiesiger Residenz, gleichzeitig die Anerkennung der Verordnungen vom 4. September ic. ausgesprochen sei. Dr. Staatsrat Niebuhr hat in Gemeinschaft mit dem königlich preußischen Zollvereinbevollmächtigten, Herrn v. Delbrück, diese Angelegenheit dem hiesigen Magistrat dringend anempfohlen und nicht unerwähnt gelassen, daß dieser Vorschlag auf dem ausdrücklichen Wunsche des Königs von Preußen beruhe. Nachdem der Magistrat eine mehrfache Beratung gepflogen, ist die Entschließung deselben wieder entzogen. (Nat. 3.)

Ungeachtet die gegenwärtige Lage der politischen Verhältnisse seit dem 26. Novbr. eine durchaus veränderte ist, wird es doch interessiren, aus nachfolgender Wiener Korrespondenz der A. 3. von 26. Novbr. Näheres über dasjenige zu erfahren, was dort der Olmützer Konferenz vorausging. Man schreibt der A. 3.: „Die Ankunft des Grafen von Westphalen mit einem eigenhändigen Schreiben des Königs von Preußen nur so einfache und einzigen Plane. — So soll die Sendung, welche der bekannte Herr Niebuhr für Kassel übernommen, geschehen sein, ohne daß die Zustimmung des Ministeriums erfolgt war, ohne daß dasselbe sogar Kenntnis davon hatte. — Es fällt auf, daß die Frankfurter Blätter noch nichts von dem Antrage gemeldet, den der Kurfürst bei dem Bundestage auf den Rückzug der beiderseitigen Truppen gestellt haben soll. Nur in den hiesigen ministeriellen Kreisen wußte man von diesem Antrage so zwieschließlich zu erzählen. — Das bindende Verträge in dieser Beziehung zwischen dem Kurfürsten und Herrn Hassenpflug mit einem diplomatischen Agenten abgeschlossen wurden, ist zwar nicht zu bezweifeln, aber man sängt an zu befürchten, daß der Kurfürst und sein Minister eine Klauskette gefunden haben, unter der sie sich der Ausführung deselben wieder entziehen. (D. P. A. 3.)

** Kassel, 1. Dezember. [Tagesbericht.] Nachdem man von einem Tage zum andern einer Entscheidung oder wenigstens einem ernsten, kräftigen Auftreten seitens der preuß. Regierung entgegengestellt, hat man sich wieder ganz auf das Feld der diplomatischen Verhandlungen zurückgezogen. Auch hier werden jetzt wichtige diplomatische Unterhandlungen gepflogen. Der Stadtrath scheint außersehen zu sein, das Mittel abzusehen, um das Gericht nicht trifft — für Aufschub des entscheidenden Entschlusses gesprochen. Beide Minister waren in den letzten Tagen durch die dringenden Vorstellungen einiger einflussreichen Finanzmänner und Fabrikanten bestimmt worden. Ein definitiver Beschluß soll erst diesen Mittag gefaßt werden sein. Eine Familienberathung, welcher der Erzherzog Ludwig bewohnt, wird noch diesen Morgen in der Hofburg abgehalten. Es scheint dem Berliner Kabinett eine letzte Frist zur Erklärung gestellt worden zu sein.“

[Bevorstehende Interpellation in der ersten Kammer.] Der Abg. v. Ammon wird, wie die Ref. meldet, in der ersten Kammer folgende Interpellation an das königliche Staatsministerium richten:

Die Debatte über die an des Königs Majestät zu richtende Adresse erfordert als Grundlage eine offene Darlegung der feindlichen Politik, welche das Ministerium seither befolgt hat. — Diese Darlegung ist um so notwendiger, als die erste Kammer bisher noch keine Kenntnis von dieser Politik erhalten hat, und als in den jüngsten Tagen unruhige Gerüchte über dieselbe entstanden sind, welche auf eine wesentliche Veränderung der Sachlage seit der Thronrede hinweisen. — Nach der Erklärung der Kammer eine Nächtsnur für die Abfassung der Adresse und für die Präzision einzelner in dem Abre-Entwurfe enthaltener, auf ungewissen Unterstellungen beruhender Sätze geben kann.

Aus diesen Gründen richte ich an das Staats-Ministerium das Ersuchen:

der ersten Kammer eine vollständige Darlegung der feindlichen Politik, welche von der königlichen Regierung befolgt werden, und diejenigen Aktenstücke mitzutheilen, welche über dieselbe gewechselt worden sind.

Außerdem Anteilsteller haben noch folgende Abgeordnete diese Interpellation mit unterzeichnet:

Lantz, Bieker, Oppen, Kamp, Strichorst, Herberts, Winter, v. Arnum, Camphausen, Frech, Karsten, Graßhoff, Hansemann, Röchling, Böninger, v. Bernuth (Arnswberg), Mallinckrodt, v. Rath, v. Sybel, Grubis, Kister, Degenkolb, Dr. Schmitthener, v. Simpson, Braun, Mäckel, Delfius, Hestler, Goldammer, Dierenthal, Kolbe, Eßlar, v. Bodum-Dolffs, Hermann, v. Tepper, v. Ronne, Krieger, Bach, Diergärt, Fock, v. Kries, v. Lorch, Carl, Maquet, Baumstark.

Wie theilten in unserem gestrigen Blatte den Gegen-Abreß-entwurf der konstitutionellen Parcell der zweiten Kammer mit. Nachfolgendes sind die Namen der Unterzeichner: v. Vincke, Alsenhoven, v. Auerwald, Berndt (Nimptsch), v. Beckerath, v. Bardeleben, Broicher, Bauer (Aachen), Beseler, Bürgers, Bleibtreu, Bölling, Brämer, Bandlow, Biegel, Bergmann, Bentrup, Camphausen, Freiherr von Sanitz, Cassel, Eschendorf, Getto, Dr. Glässen, Glaubewitz, Delius, Diefenweg, Dohm, Dunker, Graf Dyhr, Eckstein, Eibel, Eitgen, Gebauer, Grenzberger, Hamacher, Hartkort, Hesse (Britten), Heyl, Freiherr v. Hölgers (Altenkirchen), Freiherr v. Hölgers (Koblenz), Joh. Dr. Kremers, Kolbe, Reich, Lange-Kärtner, Langer, Lancell, Neinswober, Lork, Linz, Leipziger (Chodziesen), Lensing, Maas, Mayerath, Mark, Nücker, Oppenhoef, Pastors, Pelzer, Pochhammer, v. Nitschönen, (Striegau), Röbe, Freiherr von Saucken-Tarpuschen, v. Saucken-Julienfeld, Simson, Sanden, Schubert, Dr. Scholten, Schulenburg, Schmidt (Köln), Schöppenberg, Schwedler, v. Seck

Niebuhr (Freund Hassenpflugs) und der General Brese. — Neben diesen Verhandlungen dauern die Truppenmärsche ununterbrochen fort.

** Kassel, 2. Dezember. [Fortsetzung.] Unser Stadtrath hat europäische Bedeutung erhalten. Die diplomatischen Unterhandlungen dauern fort. Da man aber nicht im Stande ist, eine andere Grundlage zu geben, als die wir gestern gegeben, so sind die Verhandlungen ganz erfolglos. Die preußischen sogenannten Vermittler beanspruchen eine Adresse an den Kurfürsten, aus welcher alle politischen Fragen fern gehalten werden sollen, und sind selbst nicht im Stande, die Form für eine solche Adresse anzugeben. Der Stadtrath hielt deshalb heute Morgen wieder eine Sitzung, althin sie war ganz resolutio. Das was derselbe will, das will man auf der anderen Seite nicht, und das, was man von dieser Seite will, ist ganz unausführbar. So stehen im Augenblick die Dinge. — Ein Bataillon Landwehr vom 16. Regiment ist soeben der Eisenbahn hier angekommen, und bleibt auch wahrscheinlich einige Tage hier.

Tulda, 30. Nov. [Aus dem bayerischen Lager.] Die beiden in bisheriger Gegend postierten bayerischen Kürassierregimenter sind, wie bereits gemeldet, auf der Würzburger Straße zurückgegangen. Heute Abend sind nun auch zwei Chevaulegers-Regimenter von Hünfeld her nebst einer Batterie leichter Artillerie angekommen und thun hier, in der Umgegend einzuarbeiten. Dagegen ist heute in der Felthe Infanterie nebst einigen Geschützen von hier nach Hünfeld zu marschirt. Man will hieraus schließen, daß das Executions-Corps in Folge eingetretener Verständigung mit Preußen auf den ursprünglichen Bedarf reduziert werde. — Die Lieferung der Lebensmittel auf Kosten unserer Staatskasse an die Quartiergeber hat nunmehr begonnen; allein es ist kein Geld für die Lieferanten da. Nachdem bereit zwei Mal der Bezirksdirektor dringend von Wilhelmshof Geld verlangt, aber keine Antwort bekommen hatte, so hat der Fürst Laxis den seinem Generalsekretär aggregierten kurhessischen Hauptmann v. Meyerfeld nach Wilhelmshof zur Bezahlung von Geldmitteln abgesandt, welcher ohne Geld mit der Bedeutung zurückgeschickt wurde, daß die Preußen im Begriffe seien, Kühlen zu räumen, und daß die Bayern vorwärts gingen und so wieder auf Kosten der kurhessischen Einwohner verpflegt werden könnten. Die Versorgung der Truppen im Fuldaischen ist bekanntlich bloß ausnahmsweise angeordnet, nachdem bei der Dauer der ungeheuren Einquartierungslast dieser Landstrich bereits stark mitgenommen war. Da nun das Vorrücken der Bayern bis heute noch nicht stattfand, so ist die Geldverlegenheit peinigend, da viele Akteuren abbalde Bezahlung ausbedungen hatten. (F. J.)

Frankfurt, 30. Novbr. [Diplomaticus.] Der bisher bei dem königl. preußischen Hofe accreditede Botschafter Ihrer großbritannischen Majestät, Lord Westmoreland, ist in der gleichen Eigenschaft an den k. k. österreichischen Hof verfest. Die von diesem Diplomaten bisher bekleidete Stelle wird von Sir John A. Douglas Bloomfield, bisherigem britischen Gesandten am Kaiserlich russischen Hofe eingenommen. Nach Petersburg kommt der seither außerordentliche Gesandte am königl. portugiesischen Hofe, Sir Georg Hamilton Seymour. (D. P. A. J.)

Frankfurt, 2. Dez. [Vorbericht.] Gestern ist der General Roth v. Schreckenstein mit seinem Stabe hier durchgereist. Die Räumung Badens wird in einigen Tagen vollzogen sein, und die Durchmärsche deshalb wahrscheinlich schon übermorgen aufzuhören. — Es ist zu beklagen, daß gestern Abend wieder in einzelnen Straßen der Stadt Konflikte zwischen bayerischen und preußischen Soldaten stattgefunden haben. Ihr Ursprung scheint auf Einflüsse sehr verschiedener Art hinzugetreten zu sein. (F. J.)

Gießen, 30. November. [Truppenmärsche.] So eben rückten hier 1000 Mann Preußen, ein Bataillon von 20 Regimenter von Heidelberg kommend, ein. Jedermann beruft sich, die Preußen freundlich und gastlich zu empfangen, und werden die Preußen gewiß mit der Stimmung, den Empfange und der Bewirthung in unserer Stadt zufrieden sein. (F. J.)

Gotha, 30. Novbr. [Mobilisierung.] Der Zweck und das Resultat der Reise unseres Herzogs nach Berlin tritt in einigen Anzeichen bereits klarer hervor. Nach einer längeren Konferenz mit dem Präsidienten der Abgeordneten-Versammlung und mit dem gegenwärtigen Militärdirektor, dem königl. preußischen Major v. Rosenberg, ist nämlich in diesen Tagen die Mobilisierung unseres Contingents in Angriff genommen worden. Die Ertheilung des Befehls zum Ausmarsch, der schon bereit gehalten wird, soll von dem Ausgange der von den Ministern der deutschen Großmächte in Olmütz abzuhaltenen Konferenz abhängig gemacht werden. Die Truppen der kleinen thüringischen Staaten, welche bei dem Bündnisse mit Preußen beharrten, würden dann, wie schon früher bestimmt, in festen Plänen der preußischen Monarchie die Garnison beziehen. (D. P. A. J.)

Aus Thüringen, 2. Dezember. [Die preußischen Truppenmärsche] nach Kurhessen dauern trotz aller Friedensausfichten fort und besonders sahen wir in den letzten zwei Tagen von Erfurt aus starke Extrazüge dorthin gehen. Vorgestern erhielt auch eine in Langensalza gelegene Schwadron Husaren vom 11. Regiment Marschordnung nach Kurhessen. Gestern Abend und heute sind in Eisenach 2000 Mann Infanterie eingetroffen, die aus Baden kommen, und heute weiter marschir sind, um zu ihren Truppenkorps zu stoßen. (F. J.)

△ München, 30. Novbr. [Entrüstung der bayerischen Großmacht. — Kriegslust.] Die Olmützer Konferenz und die nicht geschehene Einladung des Ministers v. d. Pförder hierzu, bildet hier das Gespräch. Es läßt sich über dieses Ignorieren die bitterste Stimmung vernehmen. Die Soldaten werden in eine möglichst gereizte Stimmung gegen Preußen zu bringen gesucht. Prinz Karl hielt heute eine Ansrede an das ausmarschierende 2te Bataillon des Leibregiments und schloß damit, daß er bald nachkommen und sich Hoffnung mache, daß dann jeder seine Schuldigkeit thue. Der Feldmarschall wird sohn noch in nächster Woche gegen Preußen ins Feld rücken. (?) Fürst Wrede, der Sohn des bekannten Feldherrn, ringt nach dem Feldherrnstaat seines Vaters und ist deshalb heute als Oberstleutnant zum Stabe des Fürsten Laxis abgegangen. Einer österreichischen Besetzung sieht der hiesige Bürger immer mit Besorgniß entgegen. Er fürchtet, dieselben möchten sich hier wie überaupt in Bayern einmischen, und ihn bei ihrer großen Lust in seiner eigenen Genussucht beeinträchtigen. — Die 4ten Bataillone werden nun errichtet. Heute ist der k. k. österreichische Kriegsminister v. Karst als Kabinettsritter von Wien kommend hier durch und ins österreichische Hauptquartier des Feldmarschall-Lieutenant Legeditsch abgegangen.

Nastatt, 29. Novbr. [Der Rückzug der Preußen.] Gestern in der Frühe um 7 Uhr ist das letzte Bataillon preußischer Truppen, und mit ihm der bisherige Kommandant, Oberstleutnant v. Gansauge, von hier abgegangen, während die Kranken aus den Lazaretten schon einige Tage vorher nach Karlsruhe gebracht wurden. Sämtliche Wachen sind nun von badischen Soldaten besetzt, die Posten besetzt wie früher, so daß man kaum einen Unterschied bemerkte. Der neue Kommandant, so wie der Generaldirektor, Artilleriedirektor und Platzmajor der Bundesfestung haben ihre Funktionen angetreten. (Karlsruhe, Ztg.)

Dresden, 2. Dez. [Zwei Erklärungen.] Das Wichtigste in der heutigen Sitzung der zweiten Kammer waren zwei Erklärungen des Staatsministers Behr. Zuwerdest eröffnete nämlich derselbe der Kammer, daß nach eingegangenen telegraphischen Depeschen, die durch offizielle Berichte bestätigt wür-

den, eine friedliche Lösung der politischen Differenzen eingetreten sei und daß die Friedensverhandlungen in Dresden fortgesetzt werden würden. Nächste Mitteilungen darüber zu machen sei er zur Zeit noch nicht im Stande. Privatum soll der Herr Minister noch hinzugefügt haben, daß auch die hessischen und schleswig-holsteinischen Angelegenheiten Gegenstand gemeinsamer Beratung werden würden. — Nach dieser Botschaft kam die zweite „minder erfreuliche“ Mitteilung. Sie betraf das Defizit der Hauptstaatskasse. — Die angeordnete Revision — sagte der Herr Minister — habe nun stattgefunden. Das Defizit betrage 104,000 und etliche Thaler, und es sei nicht zu erwarten, daß es sich wesentlich mehrere oder mindere. Das der Kurfürst bei den monatlichen Revisionen den Kontrollen durch fasshafte Angaben getäuscht habe, sei unbeweisbar, das Weitere müsse der gerichtlichen Untersuchung vorbehalten bleiben.

(M. Dresden, J.)

Bittau, 1. Dez. [Bewegungen der österreichischen Truppen.] Gestern haben das in und um Friedland bisher gestandene ungarische Infanterie-Regiment Wassa so wie mehrere Kavallerie- und Artillerie-Abteilungen die Straße von Reichenberg nach Gabel über Krakau und Weißkirchen passiert, eben so ist gestern Morgen das ebenfalls bisher in der Nähe von Friedland stationiert gewesene 8te Jägerbataillon, aus lauter Italienern bestehend, in Grottau und Umgegend eingetroffen, wozu 1 Kompanie nebst dem Stabe nach Grottau selbst zu liegen gekommen ist. Alle diese Truppen werden tagtäglich durch andere aus dem Innern Böhmens an kommende wieder erfest. Wie es heißt, sollen in den uns zunächst gelegenen Grenzdörfern Kürassiere einstreifen, die eben so wie das erwähnte Jägerbataillon von der Hand derselben Standquartier zu nehmen hätten. (D. A. J.)

Österreich. (Teil der Gegenwart.) 1. Dezember. Sichere Nachrichten folge steht in der Umgegend von Leipzig ein Armeekorps von 25 bis 30,000 Mann und bedeutende Abtheilungen sind bis an die äußersten Grenzen vorgefahren worden. So liegen seit vorgestern Abend (Freitag) in Eberswalde 300 Mann, in Strelitzwalde 300 und in Schönwalde 350 Mann. In Böhmischem-Binnwald ist ebenfalls Einquartierung angefragt. Weitere Vorgänge sollen sofort berichtet werden. — Der Oberleutnant v. Montbœuf hat vorige Woche die Gegend von Lauenstein bis nach Böhmen hinein in strategischer Hinsicht besichtigt. (M. Dresden, J.)

* Wien, 3. Dezember. [Die ministerielle Presse.] Es ist im gegenwärtigen Augenblick von besonderem Interesse, von den Urtheilen der österreichischen Ministerialprese über die preußische Politik Kenntnis zu nehmen. Der Lloyd spricht noch keine Ansicht aus, bringt dagegen folgende wichtige Nachricht:

Zu der im Abendblatte mitgetheilten Nachricht von der Zustimmung des Königs von Preußen zu den Resultaten der Olmützer-Conferenz können wir noch hinzufügen, daß es zu Olmütz bestimmt wurde, die preußische und österreichische Armee auf den Friedensfuß zu setzen, bevor die freien Conferenzen ihren Anfang nehmen, welche die künftige Constitution Deutschlands zu vereinbaren haben."

Die „öster. Correspondenz“ enthält zwei Artikel. In

dem ersten heißt es: „Entschiedenheit in der Vertre-

tung unserer Rechte verbunden mit dem aufrichtigen

Wunsche, den Frieden zu erhalten, war unser leitend

des Gedanke. Es war auch der Weg, den die österreichische

Regierung einhielt. Noch sind wir nicht über alle Schwierigkeiten hinaus, noch sind nicht alle Gefahren besiegt, die durch

heftige und leidenschaftliche Parteien dem allgemeinen Frieden,

wie der inneren Ordnung des preußischen Staates drohen; aber die Erfolge, die wir erreicht haben,

sind eben der Entschiedenheit, wie der Friedensliebe

unseres Kabinetts zu verdanken. — Nur Böswillige dürfen sagen, daß das österreichische Kabinett

es jemals auf die Demuthigung oder Entheidigung

Preußens abgesehen habe. Die Geschichte der Unterhandlungen widerlegt diese treulose Annahme zur Genüge; die Zu-

kunft, das eventuelle Ergebnis der demnächst in Dresden beabsichtigten Konferenzen wird sie vollends zerstreuen. — Das un-

geschmälerte Unsehen, die ungeschwächte Macht Preußens wird jederzeit den Gegenstand unserer aufrichti-

gen Wünsche bilden. Auf dem Pfade, welchen Österreich

betreten hat und unveränderbar eingehalten gesonnen ist, auf

auf dem der organischen und friedlichen Entwicklung der Befunde

Deutschlands, ist es von hohem Werthe, solchen Bundesgenossen

zur Seite zu haben. — Zwei große Gefahren werden von

Deutschland durch die Erhaltung des Friedens abgewendet: die

beabsichtigte Schilderhebung der anarchischen Partei,

worin man auf dem neuesten Demokratenkongreß bei Basel die

Vorbereitungen traf — sodann die in Folge kriegerischer Ereig-

nisse mögliche Teilnahme des Auslandes.“ — Aus

dem zweiten Artikel theilen wir folgende Stelle mit: „Gestern

war ein Freudentag für Österreichs Völker. Gestern

vor zwei Jahren bestieg Se. Majestät unser altergnädigster Herr

und Kaiser den Thron seiner erhabenen Ahnen. Ein günstiges

Geschick hat es gefügt, daß eben gestern eine beruhigende Nach-

richt einließ, welche die Schwierigkeiten unserer äußern Lage be-

seitigt, und Gewähr für die friedliche und einträchtige Wollung

des deutschen Constitutionswerkes darboten.“ — Wir

zweifeln nicht mehr an dem Siege der österreichischen

Idee, welcher wir dienen, und deren

kräftiges Gedehnen wir für unerlässlich halten zum Wohle der Ge-

samtheit wie aller Einzelnen, welche unsern regenerirten

Staat nicht ohne gerechten Stolz ihr Vaterland nennen.“ — Die „Reichszeitung“ feut sich, „daß sich

Preußen im letzten Augenblide ermannt, um sich und

das Ansehen seiner Namens für Deutschlands Gesamtinteressen

und für die Prüfung der Zukunft zu bewahren.“ — Außerdem

wirft die „Reichszeitung“ einen Blick auf die Geschichte des

preußischen Staates; sie beginnt mit dem großen Kur-

fürsten, von seiner nützlichen Pedanterie, vom Vollwerk des

Souveränität, das der Exzellenzmeister der Postdam-Missons

ausgerichtet und von der welthistorischen Hinterlassenschaft

des gekrönten Korporals. Nach diesen Prämissen wird be-

dauert, daß Friedrich Wilhelm seine Versprechungen von 1813

nicht erfüllt habe, wodurch ein Theil der kläglichen Witen von

1848 erfaßt worden wäre. Die Periode von 1815 bis 1840

sei Preußens geistige Schlacht von Jena; die Kampf, die

Ezschoppe, die Kochow befogten Stube. Die Regierungsper-

iode von 1848 bis 1850 gewähre nicht Hineinreden, um die

Gemüthe mit jener trüben Vergangenheit zu versöhnen.

Die Fehler, die Ungereimtheiten und Sünden eines 33jährigen

Systems rächen sich bitter in Preußen. Indessen man be-

gibt sich zu ermännen, und das Wahrste und Kost-

barste zu retten, — die Einigung mit Österreich

ist mutmaßt, daß dieser Artikel aus der Feder des Hrn. v. Wie-

geleben stoff. — Wir benennen Hrn. v. Wiegeleben nicht, daß

er als ehemaliger Preuße solche Spottartikel gegen sein Vaterland

schreibt. Uns ist es leider versagt, der öster. Politik mit Hohn

entgegen zu treten.

Justizminister entließ mit einem abschläglichen Bescheide die Abgeordneten-Deputation aus Prag, welche die Vereinigung der Abgeordneten mit dem Notariat bewirken wollte.

Frankreich.

Paris, 1. Dezbr. [Tagesbericht.] Das Ereignis des Tages ist der Bericht des Herrn Némusat. Derselbe hat einen excellenten Effekt im Publikum hervorgebracht. Man ist allgemein damit zufrieden, daß die National-Versammlung keinen Krieg will, und sich auch durch Niemanden fortreissen zu lassen entschlossen ist. Im Elysée hatte man gewünscht, daß Herr Némusat das Prärogativ der Versammlung in Bezug auf die Kriegs- und Friedensfrage etwas weniger betont hätte. Allein die Kommission machte dem Ministerium bewußt, daß wenn man der Majorität diese Satisfaktion nicht in ganz vollständiger Weise giebt, man eine persönliche und aufregende Diskussion haben werde, die leicht über die Köpfe der Minister hinweggehen könnte. Die Kommission fügte hinzu, daß, indem der National-Versammlung die Concession gemacht wird, es auch außerordentlich leicht werden wird, von der Versammlung die Erklärung zu erlangen, daß die Politik Frankreichs sei. Das Elysée erklärte sich schließlich mit dem Berichte einverstanden.

Die Kommission hat auch noch eine andere Maßregel zu Gunsten der Aufrechterhaltung des Friedens ergriffen; sie hat den Antrag, daß ihr Bericht nach Berlin befördert werde, noch ehe er in der Kammer zur Vorlesung gekommen ist, um dem preußischen Gouvernement die ganz bestimmte Erklärung damit zu geben, daß es auf keinerlei Unterstützung von Seiten Frankreichs zu rechnen habe. Während also Hr. Némusat seinen Bericht in der deutschen Angelegenheit die „Neutralität“ sei.

Eine andere Garantie, die das Elysée der Majorität geboten hat, ist das Versprechen, daß Hr. Persigny bei der Diskussion des Berichtes das Wort nehmen wird, um die Neutralität zu vertheidigen. Die Majorität befürchtet nämlich, daß Herr Persigny Bevorschläge im Namen des Präsidenten in Berlin ge macht, und sie hofft, daß, wenn Hr. Persigny von der Tribüne herab für den Frieden spricht, man im preußischen Kabinett wohl einfühlen wird, daß der Präsident auch wirklich für den Frieden ist.

Die Debatte wird also nur zwischen der Linken einerseits und sämtlichen Fraktionen der gemäßigten Partei anderseits statt haben; allein, wie ich schon gestern bemerkte, die beruhigenden Nachrichten aus Deutschland werden dieser Debatte im Ganzen jede Bedeutung nehmen.

Die Debatte über die Dotations des Präsidenten wird von

Tag zu Tag erwartet; auch hier wird die Opposition nur von der Linken ausgehen. Die gemäßigte Partei wird als Gegen-</p

